

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Umständen 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 105

Dresden, Mittwoch, 7. Mai

1924

## Das Rätsel der Regierungsbildung.

### Das Schicksal des Sachverständigen- gutachtens — das Schicksal des deutschen Volkes.

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Wiederholung oder Inflation, Besserung der wirtschaftlichen Lage oder neue Massenverelendung ist die Frage, die schon in den allerersten Wochen den neuen Reichstag beschäftigen muß. Diese Frage ist bereits jetzt klar zu formulieren, weil das deutsche Volk vielleicht bald wieder berufen ist, die Unfähigkeit seines jetzigen Reichstages zu beurteilen. Denn die Entscheidung, die am 4. Mai gefällt wurde, gewährt nicht weniger eine Politik des Wieder-  
aufbaus als die vom Juni 1920. Betrachten wir uns 3. B. das neue Parlament auf Grund der bisher vorliegenden Gesamtergebnisse, die kaum noch eine wesentliche Änderung erfahren dürften, so ergibt sich eine geringe Mehrheit für die Erfüllungspolitik. Zwar hat die Volkspartei in ihrer Wahlpropaganda erklärt, daß sie Gegnerin dieser Politik sei. Das ändert aber nichts daran, daß Herr Stresemann als Außenminister die angebotene Mehrheit in vollster Überzeugung und nach besten Kräften führte. Wie hätten also vornehmlich mit der Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und der Sozialdemokratie als Parteien zu rechnen, die der bisher betriebenen Außenpolitik ihre Zustimmung geben. Sie dürften vielleicht auch die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei finden, nachdem der inzwischen zurückgetretene bayerische Ministerpräsident sich im Einverständnis mit seiner Partei auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin ebenfalls für die Erfüllungspolitik ausgesprochen hat.

Zunächst aber bleibt die bestehende einfache Mehrheit für die Erfüllungspolitik wertlos, wenn die auf Grund des Sachverständigen-gutachtens erforderlichen Schritte auch nur teilweise mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament beschlossen werden müssen. Über diese Frage besteht bisher keine Klarheit. Wir neigen der Auffassung zu, daß eine Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich ist. Andererseits aber ist von verschiedenen Politikern in den letzten Wochen wiederholt die Meinung vertreten worden, daß die Gesetzgebung über die Bildung einer Eisenbahn-Konzerngesellschaft, wie sie das Gutachten fordert, nur mit einer qualifizierten Mehrheit vom Reichstag erledigt werden kann. Sie sehen in der Bildung dieser Gesellschaft und der Ausdehnung von Aktienanteilen an die ausländischen Mitglieder eine Veräußerung des Eigentums der Reichsbahn, die dem Wortlaut der Verfassung widersprechen soll. Die Vertreter dieser Auffassung berufen sich auf die §§ 89 und 92 der Reichsverfassung, die u. a. befehlen, daß es Aufgabe des Reiches ist, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und außerdem (§ 92) feststellen, daß die Reichseisenbahn als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten ist. Das Gutachten der Sachverständigen verlangt allerdings keineswegs, daß das Reich sein Eigentum an der Eisenbahn aufgibt. Andererseits bedeutet die Umwandlung der Reichsbahnverwaltung in eine Aktiengesellschaft keinen Verstoß gegen die Verfassung, da der Aktienbesitz vollständig im Besitz des Reiches verbleiben kann und die 500 Millionen Beteiligungsaktien bei einem Aktienkapital von 26 Milliarden nicht veräußert werden. Unseres Erachtens läuft deshalb die Absicht der Sachverständigen, die Bildung einer Reichsbahn-K. G. herbeizuführen, lediglich darauf hinaus, den Gläubigern Deutschlands ein Hausgeld zu bieten, d. h. die Eisenbahn ist und bleibt Eigentum des Reiches.

Jedenfalls macht die Zusammenziehung des neuen Reichstags eine Klärung der angesprochenen Streitfragen schnellstens erforderlich. Schließen sich die Juristen nicht unserer Auffassung an, dann bildet die Stellungnahme der Deutschnationalen, die bisher noch jede Verabschiedungspolitik ablehnten, den Ausschlag dafür, ob Deutschland einer neuen Inflation und einem neuen Krieg oder einer wirtschaftlichen Sicherung entgegengeführt werden soll. Wollen sie das Letztere, dann müssen sie sich der jahrelang beschriebenen Politik anschließen

und vor der ganzen Welt eingestehen, daß sie vier Jahre hinter dem Weltlauf zurückgeblieben sind und ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Beharren sie aber des Festhaltens wegen trotz der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auf einer Ablehnung, dann dürfte schließlich nichts anderes übrig bleiben, als unser Volk vor die Entscheidung zu stellen: Krieg oder Frieden, Inflation oder Brot!

Es ist unter diesen Umständen begrifflich, wenn die Deutschnationalen sich bei ihrem „Ziege“ nicht wagen. Es ist unter diesen Umständen begrifflich, wenn die Deutschnationalen sich bei ihrem „Ziege“ nicht wagen.

### Die Reichsregierung bleibt vorläufig im Amte.

Berlin, 7. Mai.  
In einer am Dienstag abgehaltenen Besprechung des Reichskabinetts teilte der Reichsminister des Innern mit, daß die endgültigen amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. Mai zu erwarten sind. Das Reichskabinett beschloß, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben.

### Neue Ergänzung des Wahl- ergebnisses.

Die Sozialdemokratie die stärkste Partei.  
Berlin, 6. Mai.  
Nach den bis heute mittags eingegangenen Meldungen ergänzt sich das Reichstags-wahlergebnis wie folgt:  
Sozialdemokraten 5 973 767 Stimmen, 100 Mandate (80 Kreisliste und 20 durch Verrechnung im Verband und auf Reichswahlvorschlag); Zentrum 3 899 022 Stimmen, 65 Mandate (52 und 13); Deutsche Volkspartei 2 612 845 Stimmen, 44 Mandate (30 und 14); Deutschnationalen 5 755 601 Stimmen, 96 Mandate (89 und 7); Bayerische Volkspartei 941 982 Stimmen, 16 Mandate (14 und 2); Kommunisten 2 712 001 Stimmen, 62 Mandate (42 und 20); Bayerischer Bauernbund 683 093 Stimmen, 10 Mandate (3 und 7); Deutsch-Hannoverscher 318 151 Stimmen, 5 Mandate (4 und 1); Deutschsozialistische Partei 335 336 Stimmen, 4 Mandate (0 und 4); Landliste 568 288 Stimmen, 9 Mandate (7 und 2); Deutsch-Östliche Freiheitspartei 1 917 578 Stimmen, 32 Mandate (13 und 19).

Von den weiteren Parteien, auf die aber keine Mandate entfallen, erhielten Stimmen: Unabhängige 240 177, Bund der Gewerksamen 58 880, Christlich-Soziale Volks-Gemeinschaft 124 800, Deutsche Arbeitermerkpartei 36 130, Freiwirtschaftlicher Bund 26 122, Bauernbund 23 828, Nationale Freiheitspartei 59 788, Nationale Minorität 133 628, Partei der Mieter 46 975, Republikaner 45 775, Soc. Bund 25 607, Bayerischer Mittelstandsbund 5681, Volklicher Block 9439 und parteilose Wirtschaftsgenossen 1947, insgesamt 29 257 116 gültige Stimmen.

Zahl der Mandate 471 (davon 334 Kreisliste und 137 durch Verrechnung im Verband und auf Reichswahlvorschlag).

### Hergt's Bereitwilligkeit.

Berlin, 7. Mai.  
In einer Unterredung mit einem Vertreter des D. Z. teilte der deutschnationalen Führer Hergt die Bereitwilligkeit seiner Partei an, eine Reichsregierung im Reich zu bilden. Die Deutschnationalen würden als Regierungspartei eine auswärtige Politik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trage und andererseits geeignet sei, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schlichter Verhandlung herbeizuführen. Dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen seien die Deutschnationalen nicht von vornherein ein rundes Unannehmbar entgegen, wohl aber Vorbehalte, die ganz unüberwindlich seien. Sie würden dem deutschen Volke die

großen wirtschaftlichen Lasten niemals zuzumuten, bevor die häufig genannten Eckpunkte befriedigend gelöst seien.

Was werden die Freunde des Herrn Hergt im Lande, denen immer erklärt wurde, die Erfüllungspolitik sei verwerflich, zu der veränderten Haltung sagen, die eingenommen wird, um die Macht im Staate ergreifen zu können? Das ist eine wesentliche Frage.

### Geländefondierung im Föderkrieg. Weitere Pressestimmen.

Der neugewählte Reichstag soll nunmehr nach Berliner Meldungen erst am 22. dieses Monats zusammentreten. Das Ergebnis der Wahl regt jedoch schon jetzt zu ausführlichen Kommentaren über die Möglichkeiten der künftigen Politik der Reiches an. Die führenden Blätter der Parteien äußern sich sehr vorsichtig, um den Entschlüssen ihrer Parteien nicht vorzugreifen und dem Gegner möglichst wenig Möglichkeiten zu geben, zugleich aber doch deren Stellungnahme abzulesen.

Nach dem Wahlergebnis wäre theoretisch die große Koalition mit einer Stimmstärke möglich; ob sie praktisch möglich ist, ist eine andere Frage. Der Bürgerblock hätte eine einfache, wenn auch keine Zweidrittelmehrheit.

Tagegen würde eine reine Reichsregierung nicht möglich sein, denn wenn die Demokraten sich nicht beteiligen würden, käme zunächst einmal nicht die ausreichende Ziffer zustande, außerdem wäre aber auch dann die Beteiligung des Zentrums zweifelhaft, und man würde von vornherein auf eine Minderheitsregierung hinausgeraten. Die Reichsabsichten wünschen eine Reichsregierung, vertreten aber einwenden nicht, wie sie eine solche Regierung parlamentarisch tragen gelassen wollen. Es wird auch bereits mit einer Wiederauflösung des Parlaments geredet, wenn es sich als arbeitsunfähig herausstellen sollte.

Wir verzeichnen nachstehend noch einige bemerkenswerte Presseäußerungen:

### „Deutsche Tageszeitung“

„Wenn wir sagten, im Hinblick auf die bisherige Abneigung der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen jede Koalitionsregierung würde, wenn nicht die Entscheidung über das zweite Seislaß da wäre, jetzt ein Bürgerblock von den Deutschnationalen bis zum Zentrum der gegebenen Ausweg sein, so sollte damit keineswegs zum Ausdruck gebracht werden, daß das die erwünschte oder auch nur natürliche Lösung wäre. Diese läge vielmehr in der Bildung einer ausgeprochen rechtsgerichteten Koalitionsregierung, deren Kern die Deutsch-nationale Volkspartei zusammen mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei darstellte. Zahn geht der Wille der nationalen Wählermassen.“

### „Berliner Börsenzeitung“

„Ziel auf einen Bürgerblock hin, wünscht jedoch die Mitwirkung der Demokraten. Das Blatt erklärt:

„So liegt für die bürgerlichen Parteien von selbst der Zwang vor, sich zu einigen. Eine bürgerliche Majorität von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, unter Umständen sogar ohne die Demokraten, ist zahlenmäßig möglich.“

„Sie müßte auch sachlich möglich werden, wenn wirklich das Interesse des Vaterlandes über das Interesse alles anderen gestellt würde. Hoffen darf man wohl auch, daß bei den Deutschvölkischen sich noch eine Anzahl Abgeordneter finden wird, die einer bürgerlichen Regierung ehrliebe Unterstützung gewähren, wie ja auch die Demokraten in der Lage sind, einer bürgerlichen Regierung mindestens wohlwollende Neutralität zu bewahren.“

### „Zeit“

„Es schreibt: Was der Partei an äußerer Stärke verlorengegangen ist, das hat sie durch innere Geslossenheit zurückgewonnen.“

„Der Angelpunkt der Situation liegt in der Stellung der Parteien zu den Fragen der auswärtigen Politik. Ihnen werden sich alle anderen Gesichtspunkte unterordnen müssen.“

„Die Deutschnationalen-Kollaboration, die ausgezogen ist, um die Deutschvölkischen anzutreten, würde gut tun, sich darüber zu äußern, wie sie zu diesen Fragen steht. Davon wird alles Weitere abhängen.“

### „Germania“

„läßt alle Türen offen. Es bemerkt, die Haltung der Deutschnationalen sei der Regierungsbildung der ausschlaggebende Faktor. Weiter sagt das Blatt:

„Die Zentrumskoalition dürfte sich, wie es ihre Führer ja auch schon im Wahlkampf erklärt haben, nach wie vor bereitfinden, mit jeder Partei in einer gemeinsamen Regierung zusammenzuwirken, die willig ist, den bisherigen außenpolitischen Kurs weiter innezuhalten und es ablehnt, mit dem deutschen Volke gefährliche Experimente zu machen.“

### „Berliner Tageblatt“

„schließt den Bürgerblock abzulehnen und wünscht die große Koalition. Das Blatt schreibt: Die Demokraten haben keine Benachteiligung, nach dem jahrelangen Kampfe gegen die Politik direkt oder indirekt zu fördern, die das deutsche Volk durch die Proklamierung eines bürgerlichen Klassenkampfes und durch eine völlige Umkehrung der Außenpolitik an den Rand des Verderbens bringen müßte.“

„Überdies hängt die Existenz des Bürgerblocks von zwei Voraussetzungen ab. Erstens müßte das Zentrum geneigt sein, eine solche Koalition einzugehen. Taran darf man im Augenblick wohl zweifeln. Zweitens müßten die Deutschnationalen klipp und klar erklären, daß sie das Sachverständigen-gutachten als Verhandlungsgrundlage anerkennen und die Erfüllungspolitik zu übernehmen bereit wären. Nachdem der verordnete Abgeordnete Dr. Geffertich das Gutachten als ein „zweites Seislaß“ bezeichnet hat, dürfte ihnen eine solche plötzliche Umkehr nicht leicht fallen.“

### „Vorwärts“

„erörtert die Frage eines Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung überhaupt nicht und meint:

„Ob die Deutschnationalen sich für das eine oder für das andere, für die Fortsetzung der Demagogie oder für die Stillung ihrer Wahlversprechen entscheiden werden: die Zukunft und die Dauer des neuen Reichstags ist jedenfalls auf das höchste ungewiß. Wollen sie ihre Zustimmung zur Erfüllungspolitik erkaufen um den Preis von Ministerposten und eines reaktionären Kurzes in der inneren Politik, so wird die Sozialdemokratie, immer noch die stärkste Fraktion des Reichstags, mit ihrer ganzen Kraft sich diesem Rechtskurs entgegenzusetzen. Wollen sie aber die Lösung der Reparationsfrage verhindern, so wird die Entscheidung über das Schicksal des neuen Reichstags sehr bald fallen müssen.“